

## Ä1 Qualitätssicherungsprozess Softwareentwicklung "Abstimmungsgrün"

Antragsteller\*in: Christian Müller (KV Landkreis Leipzig)

### Änderungsantrag zu V3

Von Zeile 6 bis 8:

Sollte nach dem 30.09.24 keine entsprechende Qualitätssicherung eingeführt sein, wird der LV beauftragt, bis zum 31.~~12~~<sup>03.24</sup>~~24~~<sup>25</sup> nach einer stabilen und nutzbaren Alternative für geheime Online-Abstimmungen im Landesverband zu evaluieren und

### Begründung

Aufgrund der erwartbaren Belastungen der Landesgeschäftsstelle nach der Landtagswahl, scheint eine Verlängerung der Frist als sinnvoll.

## Ä2 Dringlichkeitsantrag: Bezahlkarten für Asylbewerber\*innen in Sachsen ohne Einschränkungen für Betroffene

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2024

### Änderungsantrag zu V4

Von Zeile 5 bis 7:

und höchst fragwürdig. Außerdem dürfen Asylbewerber\*innen nicht unter Generalverdacht gestellt werden, indem ihnen pauschal Kriminalität oder die Unterstützung von Drogenkriminalität vorgeworfen dieser unterstellt wird. Wesentliches Ziel einer Bezahlkarte muss sein, Verwaltungsverfahren sowohl für Geflüchtete als auch für die Behörden zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Von Zeile 10 bis 14:

Entscheidungsfreiheiten nimmt. Dies bewerten wir als extrem menschenunwürdig. Es widerspricht nicht nur unserem bündnisgrünen Verständnis von Menschenrechten und humaner Asylpolitik, sondern den in unserer Verfassung verankerten Grundrechten.

Daher stellenfordern wir BÜNDNISGRÜNE folgende Bedingungen an in Sachsen den Innenminister und die Kommunen auf, bei der Einführung von Bezahlkarteneiner Bezahlkarte dafür Sorge zu tragen, dass diese diskriminierungsfrei ausgestaltet ist und Integration und Teilhabe dadurch nicht negativ beeinträchtigt werden. Wir BÜNDNISGRÜNE fordern zudem vom Bundesgesetzgeber Regelungen zu Mindeststandards in Sachsen das Asylbewerberleistungsgesetz aufzunehmen. Folgende Punkte sind dabei für uns zentral:

Von Zeile 18 bis 19:

- ~~Bargeldabhebungen sollen uneingeschränkt möglich sein. Ansonsten würden diverse Einkaufsmöglichkeiten per se ausgeschlossen werden.~~
- Gleichberechtigte Teilhabe muss sichergestellt werden: Zahlreiche Alltagsgeschäfte wie der tägliche Einkauf in lokalen Märkten oder die Teilnahme an kulturellen und bildungsbezogenen Veranstaltungen erfordern in Sachsen Bargeldzahlungen. Dies muss durch die Möglichkeit, ausreichend Bargeld abheben zu können auch gewährleistet sein..

Dringlichkeitsantrag: Bezahlkarten für Asylbewerber\*innen in Sachsen ohne Einschränkungen für Betroffene

Antragsteller\*in: LAG Migration, Integration, Antidiskriminierung

Beschlussdatum: 13.03.2024

Status: Eingereicht (ungeprüft)

## Änderungsantrag zu V4

Von Zeile 1 bis 9:

Wir BÜNDNISGRÜNE distanzieren uns von rechten Narrativen, welche im Zusammenhang mit der Einführung von Bezahlkarten für **Asylbewerber\*innen** **Geflüchtete** verwendet werden. Die Logik, dass durch Bezahlkarten "Pull-Faktoren" verringert werden, weil kein Geld mehr in Heimatländer überwiesen wird, ist wissenschaftlich nicht nachgewiesen und höchst fragwürdig. Außerdem dürfen **Asylbewerber\*innen** **Geflüchtete** nicht unter Generalverdacht gestellt werden, indem ihnen zum Beispiel die vermeindliche Unterstützung von Drogenkriminalität vorgeworfen wird.

Wir sehen die Gefahr, dass **Asylbewerber\*innen** **Geflüchtete** durch Einschränkungen der Bezahlkarte ihrer Grundrechte massiv beraubt werden, indem man ihnen alltägliche

Von Zeile 15 bis 25:

- ~~Die Karte muss überall in Deutschland anwendbar sein. Andernfalls würde die Bewegungsfreiheit von Asylbewerber\*innen erheblich eingeschränkt werden.~~
- ~~Bargeldabhebungen sollen uneingeschränkt möglich sein. Ansonsten würden diverse Einkaufsmöglichkeiten per se ausgeschlossen werden.~~
- ~~Es darf keinen Ausschluss des Online-Handels, bestimmter Händlergruppen oder Branchen geben.~~
- Die Karte muss bundesweit anwendbar sein; Um die Bewegungsfreiheit von Geflüchteten nicht zu beschränken, ist es unabdingbar, dass die Bezahlkarte überall in Deutschland ohne jegliche regionale Einschränkungen akzeptiert wird. Dies unterstützt die Möglichkeit, familiäre, soziale und berufliche Netzwerke aufzubauen und zu pflegen, die für eine erfolgreiche Integration wesentlich sind.
- Uneingeschränkte Bargeldabhebungen: Die Möglichkeit, Bargeld abzuheben, muss ohne Limitierungen gewährleistet sein. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass viele Alltagsgeschäfte, wie der Einkauf in lokalen Märkten oder die Teilnahme an kulturellen und bildungsbezogenen Veranstaltungen, Barzahlung erfordern.
- Kein Ausschluss von Online-Handel oder bestimmten Händlergruppen: Die Bezahlkarte darf keinen Einschränkungen unterliegen, die den Zugang zu bestimmten Händlergruppen, Branchen, Dienstleistungen oder dem Online-Handel verhindern. Die uneingeschränkte Nutzung der Karte fördert die Selbstbestimmung und ermöglicht Geflüchteten, Produkte und Dienstleistungen nach ihren Bedürfnissen auszuwählen.
- Keine Einschränkungen bei Konsumgütern: Es darf keine **Einschränkungen** **Beschränkung der Karte bei der Anschaffung** von Konsumgütern, wie beispielsweise einschließlich Alkohol oder

Tabak, geben. Einschränkungen dieser Art würden nicht nur die persönliche Freiheit beschneiden, sondern auch die Gleichbehandlung gegenüber anderen Bürgern in Frage stellen.

- Sicherstellung des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung: Der Schutz personenbezogener Daten muss gewährleistet sein. Die Verwendung der Bezahlkarte darf nicht zu einer unzulässigen Überwachung oder zum Missbrauch persönlicher Informationen führen.
- Einzelpersonenbezogene Karten: Jede/r erwachsene/r Geflüchtete muss eine eigene Bezahlkarte erhalten, um individuelle Freiheit und Unabhängigkeit zu sichern.
- Priorität von Geldleistungen für Personen in privaten Wohnverhältnissen: Um ein selbstbestimmtes Leben zu fördern, sollten für Personen, die in einer eigenen Wohnung leben, weiterhin Geldleistungen im Vordergrund stehen.
- Abschaffung von Arbeitsverboten: Die vollständige Aufhebung von Arbeitsverboten für Geflüchtete ist essenziell, um Integration und Selbstständigkeit zu fördern und den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Außerdem soll die Eröffnung von regulären Bankkonten für ~~Asylbewerber\*innen~~ Geflüchtete deutlich beschleunigt werden.

## Ä1 Für eine politische Kultur mit Wertefundament, Rückgrat und Anstand

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2024

### Änderungsantrag zu L1

Von Zeile 224 bis 227:

unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Ihr Ausgang wird weit über den Freistaat hinauswirken. ~~Die Landtagswahlen 2024 werden voraussichtlich die letzten der aktuellen Legislaturperiode im Bund sein. Damit werden sie~~ Die Landtagswahlen 2024 werden zum Stimmungsbarometer der Bundespolitik im Vorfeld der Bundestagswahl 2025.